

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld ujm.

Druck und Verlag: Wilhelm Beu er, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 110

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Montag, den 12. Mai

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschichte im Wochenschild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die 59. Tagung des Völkerbundes, bei der Außenminister Dr. Curtius das Reich vertritt, wurde in Genf eröffnet.

* Das Reichskabinett lehnte die Forderung der Reichsbahn ab, die Wagenladungsstarke und die Zeitartenpreise für den Personenverkehr zu erhöhen. Bei der angeregten organischen Erhöhung der Personentarife sollen weitere Prüfungsergebnisse abgewartet werden.

* Der Reichsminister für die besetzten Gebiete hat dem Staatssekretär Schmidt mitgeteilt, daß er seine Dienstgeschäfte wieder übernehmen soll. Schmidt wurde seinerzeit beurlaubt, weil er beim Volksbegehren gegen den Young-Plan eine Stellung eingenommen hatte, die von derjenigen der Reichsregierung abwich.

Sterbendes Volk.

Traurig, aber wahr: man hofft in Deutschland aus manchen wirtschaftlichen, wohnungspolitischen und sonstigen Schwierigkeiten dadurch herauszukommen, daß die Bevölkerungsvermehrung ins Stocken kommt oder gar in eine Bevölkerungsverminderung umschlägt. Und leider ist diese „Erwartung“ nur allzu fest auf Tatsachen aufgebaut, die sich schon heute gar nicht mehr leugnen lassen. Daß die Geburtenzahl rapide sinkt — und zwar gerade in Deutschland und Deutsch-Osterreich am stärksten in Europa, schneller noch als selbst im „Land des Zweifelhinderstems“, in Frankreich —, weiß man oder sollte es doch wenigstens wissen. Daß es der Kunst unserer Mediziner, Hygieniker, auch großen behördlichen Anstrengungen gelungen ist, das menschliche Leben zu verlängern, ist auch wohl schon ziemlich bekannt; jetzt beträgt das „Menschenalter“, also die durchschnittliche Lebensdauer, in Deutschland etwa 57 bis 59 Jahre, wobei die Frauen besser abschneiden als die Männer. Infolgedessen ist die Zahl der Todesfälle gesunken im Verhältnis zur Geburtenziffer, zumal die Säuglingssterblichkeit gegen früher auf etwa ein Drittel herabgedrückt worden ist, aber — das deutsche Volk wird „alt“, „überaltert“. Bis eines nicht mehr allzu fernem Tages diese Entwicklung sich zwingend geltend macht, der scharfe Rückgang der Geburtenziffer sich auswirkt, selbst unter die verminderte Zahl der Todesfälle heruntergeht. Heute merken wir es noch nicht so, weil erst ganz allmählich die schwere Wunde, die der Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit unserer Volksvermehrung schlug, sich fühlbar macht. Selbst was das deutsche Volk an Bevölkerungsnachwuchs zur Erhaltung seines heutigen Bestandes braucht — nicht an der Zahl allein, sondern in einer natürlichen Mengenverteilung der Altersklassen —, wird nicht mehr ins Leben gesetzt; unerschöpflich verfährt sich Jahr um Jahr die größte Breite der „Bevölkerungspyramide“ mehr nach oben, in die mittleren und allmählich die älteren Jahrgänge hinein, spitzt sich diese „Pyramide“ — nach besonders scharfer Einkürzung bei den heute etwa Zwölf- bis Fünfzehnjährigen — nach unten wieder zu. Nur ganz vorübergehend hat die Nachkriegszeit zu einer Vermehrung der Geburten geführt.

Es genügt nicht mehr, daß dieses Problem „Gegenstand ernstester Sorge und eingehendster Erwägungen“ bleibt. Denn, auch der Jungborn unseres Volkes, der in der landwirtschaftlichen Bevölkerung sprudelte, beginnt zu versiegen. Nicht nur dadurch, daß die Geburtenziffer auf dem Lande selbst ständig und schnell im Sinken ist, sondern weil gerade in den deutschen Ostgebieten sich die Bevölkerung „unnatürlich“ vermindert durch überstarken Abfluß in die Städte. Es gibt in Ostpreußen eine ganze Reihe von Kreisen, in denen die Einwohnerzahlen infolge dieser Entwicklung immer geringer werden. Und jenseits der Grenze wächst die polnische Bevölkerung in altgewohnter Fruchtbarkeit, wie überall nur noch der Osten Europas ein Wachstum seiner Kräfte zeigt.

Nicht bloß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind es — obwohl sie hierbei gewiß die erste Rolle spielen; die Lehre des Dr. Malthus enthält viel Richtiges! —, die für die freiwillige oder absichtliche Beschränkung der Kinderzahl entscheidend sind; denn gerade in den „sozial gehobenen“, also wohlhabenderen Teilen der Bevölkerung — leider dabei auch in den Beamtenkreisen nicht minder, eher mehr — liegt die Geburtenziffer weit unter dem Durchschnitt. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten stellen sich ja nicht nur der Kinderaufzucht, sondern in noch höherem Maße ihrer Unterbringung im Erwerbsleben entgegen. Wenn heute an den deutschen Hochschulen 125 000 junge Menschen studieren, so ist letzten Endes diese Tiefenzahl, für die es gar keine Verwendung in entsprechenden Berufen geben kann, dadurch verursacht, daß die Universität ohne weiteres jeden „zuläßt“, Zahllosen aber der Abtritt ins sonstige praktische Leben nicht möglich war; aber die entscheidende Stunde kommt doch auch einmal für diese jungen Menschen und die Entscheidung heißt dann vielleicht: Versinken in das rasch anschwellende „geistige Proletariat“.

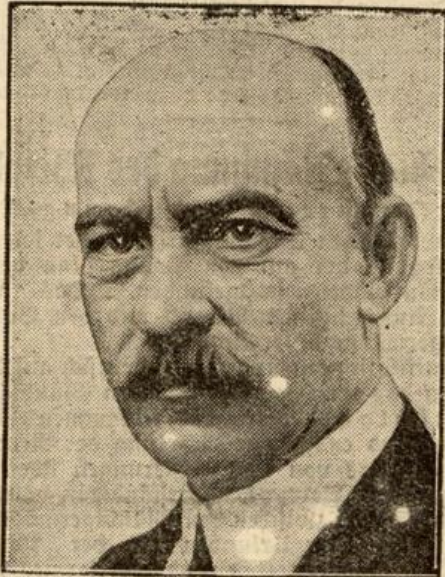
Zahllos wie die Seiten dieses Problems sind die Hilfsmittel, die man zu seiner Lösung vorschlägt. Steuerliche Bevorzugung und Elternschaftsversicherung, „Kinderzulagen“ und wirtschaftliche Bevorzugung der Verehelichten, Siedlungspolitik, auch umfassende sozialpolitische Maßnahmen dieser Art neben jenen wirtschaftspolitischen, — aber sie treffen alle doch nicht ganz ins Schwarze. Denn auch der Wille zur Fortpflanzung ist im Schwenden aus ganz anderen als nur wirtschaftlichen Gründen

Die Ratstagung in Genf

Völkerbundarbeiten.

Französisch-italienischer Gegensatz.

Mit Montag, dem 12. Mai, hat die diesmalige Tagung des Völkerbundes in Genf begonnen. Vertreten sind Deutschland durch seinen Außenminister Dr. Curtius, Frankreich durch Briand und England durch Henderson, andere Nationen ebenfalls durch ihre Außenminister oder durch besondere Beauftragte. Im Gegensatz zur letzten Januartagung enthält das Programm der jetzigen Tagung Fragen, die es sieben europäischen Außenministern erlauben, alle großen politischen und wirtschaftlichen Völkerbundprobleme anzuschneiden.



Der Präsident der 59. Tagung des Völkerbundes, die in Genf am 12. Mai beginnt, ist der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch.

Minderheitsbeschwerden gegen Polen.

Vor dem Völkerbund in Genf.

Die im August des vorigen Jahres eingereichte Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen über die Handhabung der polnischen Agrargesetze wird auf der jetzigen Tagung des Völkerbundes vor einem Dreierausschuß von neuem zur Verhandlung gelangen. Dieser Ausschuß besteht aus den Vertretern von England, Italien und Persien.

Die Beschwerde, vom deutschen Sejmabgeordneten Gräbe unterzeichnet, führt an Hand eines umfangreichen Materials den Nachweis, daß die polnischen Agrargesetze von der polnischen Regierung einseitig gegen die Lebensinteressen der deutschen Minderheit in Polen durchgeführt würden.

Das Minderheitenproblem tritt in Form einiger oberflächlicher Minderheitsbeschwerden vor den Rat. Bei den Wirtschaftssachen ist es vor allem die

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Reichskabinett zu den Reichsbahntarifen.

Das Reichskabinett stimmte in seiner letzten Sitzung der Vorlage der Reichsbahnverwaltung auf Änderung des Güterverkehrs sowie des Express- und Gepäktarifs zu. Die beantragte Erhöhung der Wagenladungsstarke und der Zeitarten des Personenverkehrs wurde abgelehnt. Zu der vom Reichseisenbahnrat angeregten organischen Erhöhung der Personentarife des allgemeinen Verkehrs wartet das Reichskabinett das Ergebnis der Prüfung durch die Reichsbahn ab.

Beamte bei Moldenhauer.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat in seiner Etatsrede eine Verminderung der Zahl der Reichsbehörden durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden angekündigt. Nun empfangt Dr. Moldenhauer die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten. Dabei erklärte er, daß er keinen Beamtenabbau nach dem alten Muster von 1924 beabsichtige, daß aber eine gewisse Rationalisierung eintreten müsse; die beabsichtigten Maßnahmen sollten ohne unnötige Härte und Härte durchgeführt werden in einer Form, die auch für die Beamtenhaft tragbar sei.

Rußland und Reichswehr.

Der Reichswehrminister wurde in der Kölnischen Volkszeitung aufgefordert, sich zu den Anschuldigungen zu äußern, die der Jungdeutsche gegen den Generalmajor von Schleicher wegen dessen angeblicher Hinnahme zu Rußland erhebt. Sachlich hat der Reichswehrminister seinen früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen. In diesen hat er die Behauptung, die Reichswehr stehe in besonderen Beziehungen zu Rußland und ihre Leitung oder einzelne Personen förderten Bestrebungen, die von der allgemeinen Reichspolitik abwichen, auf das nachdrücklichste zurückgewiesen. Auch die persönliche Seite der Anklage des

Berichterstattung über den Verlauf der Zollfriedenskonferenz und ihre Ergebnisse, die außergewöhnliches Interesse beansprucht.

Polnisch-deutsche Zollfragen.

Es ist zu erwarten, daß der polnische Außenminister die Lage vorbringt, die von der Warschauer Regierung in Verbindung mit dem neuen Handelsabkommen beim Völkerbund erhoben wurde. Der Außenminister Dr. Curtius wird den deutschen Standpunkt in dieser Beziehung klarstellen.

Das Saarproblem

wird Dr. Curtius gleichfalls zu behandeln haben, nämlich die Zurückziehung der Saarbahnschutztruppen. Diese Truppen sollen nach einem Völkerbundsbeschuß von 1927 die rückwärtigen Verkehrswege der Besatzungsarmee sichern; ihre Aufgabe ist also mit der Rheinlandräumung erledigt. In gewissen französischen Kreisen besteht die Neigung, diese Truppen auch noch weiterhin „zum Schutze des französischen Saargrubenbesitzes“ an der Saar zu lassen. Dagegen wird von deutscher Seite der schärfste Widerspruch erhoben, da ein solches Verbleiben der fremden Truppen allen bisherigen Abmachungen nicht entsprechen würde.

Briands Fragebogen

zu seinen Ideen über die europäische Vereinigung wird zweifellos seine Schatten über die Verhandlungen werfen, denn einerseits steht die kürzlich ziemlich resultlos ausgegangene Londoner Flottenabrüstungskonferenz im Hintergrunde, andererseits verharret Italien streng bei seiner Ablehnung der französischen Hegemonie-Ansprüche.

In Genf kann über diesen Zwiespalt nicht geschwiegen werden, denn er beeinflusst in merklicher Weise das von Briand angestrebte Werden eines „Pan-Europa“. Der französische Außenminister beabsichtigt, schon zu Anfang dieser Woche seinen Fragebogen an 26 europäische Staaten zu versenden. Man schätzt die Dauer der diesmaligen Ratstagung auf vier bis fünf Tage.

Grandi gegen Gewaltpolitik.

Eine italienische Mahnung an Frankreich.

Der italienische Außenminister Grandi erstattete in der Kammer einen ausführlichen Bericht über die Haltung Italiens auf der Haager und auf der Londoner Konferenz. Italien habe erkannt, daß durch Unterdrückung der Ansprüche der kleinen Völker der Friede gefährdet werde und habe daher Österreich, Ungarn und Bulgarien bei einer gerechten Lösung der Reparationsfrage unterstützt.

Zum Flottenabkommen übergehend, erklärte Grandi, Italien habe sich zur bedingungslosen Annahme der Londoner Einladung veranlaßt gesehen, da England und Amerika sich geeinigt hätten. Frankreich sei zu einem Gedankenaustausch aufgefordert worden. Trotzdem habe die französische Regierung ausweichend geantwortet.

Italien werde darüber wachen, daß im Rahmen des Völkerbundes alle Staaten, sowohl große als auch kleine, die gleichen Rechte und Pflichten besäßen. Der Völkerbund sei kein Verband der Sieger gegen die Besiegten. Die Verpflichtungen, die die Sieger auf sich genommen hätten, warteten noch auf ihre Erfüllung.

Jungdeutschen ist unklar. General v. Schleicher teilt die ihm zugeschriebenen Ansichten nicht und hat außerdem mit der Bearbeitung irgendwelcher außenpolitischen Angelegenheiten überhaupt nichts zu tun.

Eröffnung der Pädagogischen Akademie Halle.

In Halle wurde die neue Pädagogische Akademie in Gegenwart des preussischen Kultusministers eröffnet. Minister Grimme knüpfte in seiner Ansprache an die reiche pädagogische Vergangenheit Halles an. Der echte Sinn für Tradition verlange die Mitarbeit am Werden einer neuen Tradition. Es sei nicht Sinn der Tradition, sich tatlos und träumend an abgeklungene Werte zu verlieren. Solle das Erleben der Werte der Vergangenheit einen Bildungssinn besitzen, dann müsse sich an diesem Erleben die Kraft zur Gegenwartsgestaltung entzünden können. Der Minister sprach dann über die Aufgaben des Lehrers und Erziehers der Jugend, die immer Pionier sein wolle.

Aus In- und Ausland

Berlin. Im Einvernehmen mit dem Reichskabinett hat der Reichsminister für die besetzten Gebiete dem Staatssekretär Schmidt mitgeteilt, daß sein Urlaub beendet ist. Staatssekretär Schmidt übernimmt sofort seine Dienstgeschäfte.

Chemnitz. Die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller hat die Lohnabkommen für die Bezirke Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Bautzen unter Forderung eines Lohnabkommens zum 30. Juni bzw. 31. Juli d. J. gefordert.

Hamburg. Der Bürgermeister von Liverpool wird am 22. Juni hier zu einem offiziellen Besuch der Stadt eintreffen.

Wien. Der Parteiausschuß der Christlichsozialen Partei wählte den Vizetanzler und Heeresminister Vaugoin zum Nachfolger Seipel als Führer der Christlichsozialen.

Madrid. Der Kongreß der Sozialistischen Partei, der auf den 15. Mai einberufen worden war, ist von den Behörden vorläufig verboten worden.

Warschau. Der bisherige Leiter des Handelsministeriums, A. Witkowski, ist zum Minister ernannt worden. In politischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß diese Ernennung mit einer eventuellen Umbildung der Regierung Slawek in Zusammenhang steht.

Washington. Dem deutschen Votschaster Dr. von Pritt-
wilt und Gaffron wurde in Columbia (Missouri) von der
Univerfität von Missouri die Würde eines Ehrendoktors der
Rechte verliehen.

Brüning über seine Aufgaben.

Das deutsche Volk muß nach Osten sehen. — Gegen
die Angst vor der Verantwortung.

Auf der Provinzversammlung der Niederschlesischen Zen-
trumspartei führte Reichstagskanzler Dr. Brüning u. a. aus, wir
hätten uns in den vergangenen Jahren vielfach über die Lasten
der Reparationen hinweggesetzt, weil wir zum größten Teil
zunächst einmal aus ausländischen Anleihen bezahlt haben.
Jetzt ständen wir vor der nüchternen Wirklichkeit. Die Zen-
trumspartei hätte das Verlangen gestellt, daß man nicht ein-
fach den Young-Plan annehmen solle, sondern daß man gleich-
zeitig auch wenigstens einen Teil der innenpolitischen Konse-
quenzen ziehen sollte.

Nach dem Young-Plan und der Befreiung der Rheinlande
müsse man zunächst einmal innenpolitisch den vorher aus
außenpolitischen Gründen nach dem Westen gerichteten Blick des
deutschen Volkes nunmehr nach dem Osten wenden, um zu ver-
hindern, daß die Landwirtschaft des deutschen Ostens einer
völligen Katastrophe entgegengeht.

Man müsse nach einem großen und durchdachten Pro-
gramm handeln. An den Marktpreisen für die wichtigsten Ge-
treide- und Futtermittelarten im Jahresdurchschnitt werde auch
das neue Kabinett festhalten. Gewisse Fehler in den früheren
agrarpolitischen Maßnahmen hätten darin gelegen, daß
der Schutz für die Viehzucht,

die namentlich von Kleinbauern betrieben werde, nicht aus-
reichend vorgesehen war. Der Reichstagskanzler behandelte dann
die ungeheure Verschuldung der öffentlichen Landwirtschaft. Wenn
jetzt nicht eingegriffen werde, müsse ein völliger Zu-
sammenbruch der Kreditpolitik der deutschen Land-
wirtschaft, namentlich im gesamten Ostgrenzgebiet, eintreten.
Auf der anderen Seite könne nicht jeder landwirtschaftliche Be-
trieb im Osten für alle Zukunft saniert werden. Man werde im
Gesamtsprogramm andere Maßnahmen hinzufügen müssen,
und zwar

die Förderung der Neu- und Ansiedlerfiedlung.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit bezeichnete es Brüning
als wichtiges Ziel, zu einer Befriedung der kommunalen
Finanzen zu kommen. Die Reichsregierung werde eine Reihe
von Maßnahmen zu treffen haben, um den Arbeitsmarkt, vor
allem den Baumarkt, in Gang zu bringen. Dazu gehöre
vor allen Dingen die Aufhebung der Kapitalertrags-
steuer für festverzinsliche Papiere, die den Zweck
haben, billige Pfandbriefzinsen und damit billige Hypotheken-
zinsen herbeizuführen. Auch an das große Problem der Er-
werbslosenversicherung müsse das Reichskabinett
jetzt herangehen.

Der Reichstagskanzler hob zum Schluß hervor, in welcher
schwierigen Lage sich das Kabinett angesichts der scharfen
Opposition der Rechten und der Linken befinde. Er halte
es für wünschenswert, wenn die notwendigen Maßnahmen ohne
Hilfe des Art. 48 getroffen werden könnten. Aber Präse-
denzfälle habe es schon in früheren Zeiten, und zwar zur Zeit
der Reichspräsidentenwahl, gegeben. Entscheidend sei,
dem Parlament nicht zu gestatten, der Verantwortung
auszuweichen. Wenn es so gemacht werde, wie es jetzt
der Fall gewesen sei, dann diene man nicht der Demokratie,
sondern trage dazu bei, daß diese Demokratie in Miskredit
komme.

Entschließungen der Bayerischen Volkspartei.

Schwierige Lage Brüning's.

Die Bayerische Volkspartei hielt in Bamberg ihre
Landesausschusssitzung ab, zu der u. a. Ministerpräsident
Dr. Held, Reichstagsminister Dr. Schäkel, Reichstags-
abgeordneter Leichter, Landtagsabgeordneter Dr. Wohlf-
muth und Landtagspräsident Stang erschienen waren.

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abgeordneter
Leichter, gab einen Überblick über die Entstehungsgeschichte
des Kabinetts Brüning und führte u. a. aus: Die Lage,
in der sich die Regierung Brüning befindet, ist nach wie
vor schwierig. Es ist durchaus möglich, daß es sehr rasch
zu Neuwahlen kommen kann. Schwierige Probleme
werden sich schon während der Etatberatung aufzun und
auch die Frage der Arbeitslosenversicherung erhebt ihr
Haupt. Was die Stellung der Bayerischen Volkspartei
zum Kabinett Brüning anlangt, so hat sie es für eine
Ehrensache gehalten, daß sie sich dem Zentrum brüderlich
an die Seite gestellt hat.

Die Versammlung nahm einstimmig zwei Ent-
schließungen an. Die erste Entschließung legt den Stand-
punkt der Bayerischen Volkspartei zu den schwebenden
Frage der bayerischen Landespolitik fest und besagt: Die
Partei hält es für die erste Pflicht des Bayerischen Lan-
tages, den Staatshaushalt zur Gesundung zu bringen.
Die andere Entschließung befaßt sich mit der Frage der
bayerischen Ostgrenze, wobei die Sorge für die West-
grenze und für die Pfalz nicht in den Hintergrund ge-
drängt werden solle.

Stegerwald berichtigt.

Wirkliche Zahl der deutschen Sozialrentner.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde unter
Hinweis auf die Dortmund Rede des Reichsarbeits-
ministers Stegerwald ausgeführt, daß es in Deutsch-
land zwölf Millionen Sozialrentner gäbe.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß diese Be-
hauptung unzutreffend ist. In Wahrheit hat
Stegerwald in Dortmund ausgeführt, daß in Deutschland
12 Millionen Personen aus öffentlichen Mitteln (überall
einschließlich der renten- und unterstützungsberechtigten
Familienangehörigen) Zuwendungen erhalten, und zwar
Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und Knapp-
schäftsversicherung 3 750 000, Unfallrenten eine Million,
Wohlfahrtspflege 1,5 Millionen. Dazu kommen noch drei
Gruppen, die nicht als Sozialrentner angesehen
werden können, und zwar Arbeitslose 4,2 Millionen,
Kriegsbeschädigte 2,4 Millionen, Beamtenpensionäre und
Hinterbliebene eine Million. Davon sind etwa zwei
Millionen, weil Doppelzählungen, in Abzug zu bringen.

Die Reichsjustiz.

Justizminister Dr. Vredt spricht.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der Haus-
halt des Reichsjustizministeriums beraten. Gegenüber deut-
schen Nationalen Wählern erklärte Justizminister Dr. Vredt,
daß die Behandlung der Frage einer Amnestie Sache des Reichs-
ausschusses sei. Wenn der Wunsch besteht, daß diese Frage
dort behandelt werde, dann solle es an ihm dem Minister,
nicht fehlen. Die Richter des Reichsgerichts nahm der Minister
gegen Vorwürfe in Schutz. Das Reichsgericht könne nur das
Recht anwenden, das heute gelte. Wenn das neue Strafrecht
gerade mit Bezug auf die Vorbereitung des Hochverrats An-
derungen in Aussicht nehme, so sei es unmöglich, daß der Rich-
terspruch des Reichsgerichts schon das künftige Recht zugrunde
gelegt werde. Für die Reform des Aktienrechts werde dem-
nächst ein Entwurf aufgestellt und veröffentlicht werden. Über
die Ausdehnung der Urheberrechtsfrist werde das Reichskabi-
nett an Hand einer Denkschrift berichten.

In der weiteren Aussprache wurde von den Sozialdemo-
kraten eine Generalamnestie abgelehnt. Auch der Redner der
Deutschen Volkspartei erklärte, daß gegen eine allgemeine
Amnestie lebhaftes Bedenken bestünde. Für eine Amnestie trat der
Redner der Wirtschaftspartei ein. Die Demokraten forderten
Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Gesehndungs-
reform.

Der Fehlbetrag in Preußen.

Annäherung zwischen Zentrum und Finanzminister.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages
hielt eine mehrstündige Fraktionsitzung ab, um die
Frage der Deckung des Fehlbetrages im preu-
sischen Haushalt in Höhe von 110 Millionen Mark zu er-
örtern. Finanzminister Dr. Höpfer-Aichhoff hielt bei
Beginn der Sitzung einen Vortrag, um den Vorschlag der
Regierung eingehend darzulegen. Nach Schluß der Zen-
trumssitzung begaben sich die Beauftragten der Fraktion in
die interfraktionelle Sitzung.

Das Zentrum erklärte seine grundsätzliche Bereitwil-
ligkeit, auf den Boden des Vorschlages des Finanz-
ministers zu treten, um den Fehlbetrag durch Er-
höhung der Grundsteuer auszugleichen. Das
Zentrum forderte jedoch, Sicherung zur Vermeidung von
Wehrkosten für die Hausbesitzer.

Parteitag des preussischen Zentrums.

Die Koalitionspolitik.

Auf dem Zentrumsparteitag, der am Sonntag im Preu-
sischen Landtag stattfand, erörterte der Vorsitzende der Lan-
tagsfraktion, Dr. Heß, den Bericht über die politische Lage in
Preußen. Er erinnerte an den letzten Preuentag, der haupt-
sächlich dem Problem der Reichsreform gewidmet war,
und erklärte, die Zentrumsfraktion des Landtages bleibe bei
ihrer Überzeugung, daß es für Deutschland kein Segen wäre,
wenn man versuchen wollte, an seiner Struktur etwas Wesent-
liches zu ändern. Wenn die preussische Zentrumsfraktion die
Verantwortung für ihre Politik vor dem Lande tragen solle,
so müsse sie auch ihre politische Linie selbst bestimmen. Nament-
lich die Rechte sollte sich bei ihrem Tun oder Lassen im Reiche
endlich freimachen von dem ewigen Schielen nach der Macht in
Preußen, sondern lernen, dem Vaterlande zu dienen um des
Vaterlandes willen.

Mit Bezug auf die Sozialdemokraten bemerkte der
Redner: Für eine wirklich staatsbewußte Partei habe der weit-
schichtige Blick auf das Staatsganze vor dem kurzfristigen Ver-
gnügen an Oppositionsspektakel unter allen Umständen den Vor-
rang zu beanspruchen. Möge eine zukünftige Regierung in
Preußen ausüben, wie sie sollte: Lege sie Wert darauf, daß das
Zentrum an ihr beteiligt sei, so müsse ihre demokratische Ein-
stellung und ihre Verfassungstreue unzweifelhaft feststehen.

Bevorstehende Räumung des Rheinlandes

Nach Krafttreten des Young-Planes.

Im Auswärtigen Amt zu Paris hat der feierliche Akt
der Hinterlegung der auf den Young-Plan bezüglichen
Ratifikationsurkunden stattgefunden. Das Protokoll
wurde von Außenminister Briand und den Votschastern
der Gläubigermächte unterzeichnet.

Die Ratifikationsurkunden beziehen sich auf drei Ver-
träge: 1. auf das im Haag zwischen den Gläubigerstaaten
und Deutschland getroffene Abkommen über die
„vollständige und endgültige Regelung der Reparations-
frage“; 2. auf das von den Regierungen übernommene
Memorandum der Young-Sachverständigen vom 7. Juni
1929; 3. den Vertrag zwischen den Gläubigermächten. Mit
der Hinterlegung der Urkunden ist der Young-Plan
faktisch in Wirksamkeit getreten, obwohl formell noch zwei
Handlungen vorzunehmen sind. Das sind erstens die

Gründung der Internationalen Zahlungsbank,

die am Montag in Basel erfolgen wird, zweitens die
Deponierung der Schuldenzertifikate durch die Reichs-
regierung und für einen gewissen Teil der Zahlungen auch
durch die Reichsbahn.

Ministerpräsident Tardieu und Außenminister Briand
sollen über die Durchführung der Räumung des
Rheinlandes verhandelt haben, da alle Vorbedin-
gungen jetzt erfüllt seien. In der Pariser Presse wird
betont, daß der Ratifizierung des Young-Plans in
kürzester Zeit die politischen Folgen, das heißt, die Rhein-
landräumung, folgen müßten und daß die notwendigen
technischen Dispositionen, um die Operationen zur Zurück-
ziehung der Truppen durchzuführen, französischerseits
bereits getroffen seien.

Befreiungsfeiern am Rhein.

Die Teilnahme Hindenburg's.

Das Programm für den Besuch der befreiten Gebiete
durch den Reichspräsidenten steht jetzt fest. Der Reichs-
präsident wird zunächst nach der Pfalz fahren. Ein
Aufenthalt ist in Speyer vorgesehen. Es ist geplant, daß
während des Aufenthalts des Zuges auf den Bahnhöfen
von Ludwigshafen und Worms Abordnungen der beiden
Städte den Reichspräsidenten begrüßen. Das nächste
Reisziel wird Mainz-Wiesbaden sein. Von hier geht
die Reise nach Koblenz, Trier und Aachen weiter. Von
Aachen wird der Reichspräsident nach Berlin zurückkehren.

Steigerung der Miete in Preußen.

Erhöhte Grundvermögenssteuer.

Die interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien
im Preussischen Landtag führte zu dem Ergebnis, daß der
Vorschlag des preussischen Finanzministers grundsätzlich
Annahme fand. Die Grundvermögenssteuer wird also
verdoppelt werden. Aus sozialen Gründen werden für
den leistungsschwachen Hausbesitz Milderungen eingeführt
werden. Den Besitzern, die im Hause eigene Wohnräume
oder gewerbliche Räume benutzen, sollen die Erleichterun-
gen zugute kommen. Die Milderungen sollen auch ein-
treten für unverschuldet leerstehende Wohnungen. Die
Neuregelung wird sich in einer vierprozentigen Erhöhung
der gesetzlichen Miete auswirken.

Protest der Mieter.

Der Landesverband Preußen im Reichsbund Deutscher
Mieter hat bei der Staatsregierung und den Landtags-
fraktionen gegen die geplante Mieterhöhung Protest ein-
gelegt, weil diese Erhöhung bei der jetzigen Wirtschaft-
lage untragbar ist.

Monopolmais für Geflügelzüchter.

Ermäßigter Preis.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsmailsstelle wird auf
Beschuß des Verwaltungsrates zur Förderung der ein-
heimischen Geflügelhaltung zunächst bis zu 50 000 Tonnen
Mais zu ermäßigtem Verkaufspreis zur Verfügung stellen. Die
Berechtigung zum Bezug des Maises wird an die genossen-
schaftliche Ablieferung von Eiern geknüpft werden. Die
genossenschaftlich organisierten Geflügelhalter sollen Mais im
Verhältnis von 15 Kilogramm Mais zu 100 Eiern erhalten. Die

vorher abgeliefert werden müssen. Die Reichsmailsstelle wird
den Mais zum Einstandspreis, d. h. zu einem Betrage liefern,
der nur den Einkaufspreis, den Zoll und einen geringen Zu-
schlag zu Deckung der Unkosten enthält. Der Verwaltungsrat
hat einem Verordnungsentwurf des Reichsministers für Er-
nährung und Landwirtschaft zugestimmt, nach dem die Höchst-
menge für Mais, deren Verkehr monopolfrei ist (Freimenge
im Kleinverkehr), von zehn Doppelzentnern auf zwei Doppel-
zentner herabgesetzt wird. Die Bestimmung tritt am Sonn-
tag, dem 11. Mai 1930, in Kraft.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Salver, den 12. Mai 1930.

Maiensonne und Gesundheit.

In unserem Klima ist der Mai der Bringer des Frühlings.
Nach dem lichtarmen Winter empfinden wir Licht und Wärme
der Maiensonne doppelt wohl. Allein nicht nur der
Schein, auch der Sonnenschein trägt! Solange die „Eismänner“
noch nicht vorüber sind, also etwa bis Mitte Mai, pflegen die
Temperaturen am Morgen und am Abend noch kühl zu sein,
und wer einen Schnupfen oder eine ernsthafte Erkältung ver-
meiden will, der verpasse seine Winterkleider nicht vorzeitig
im Kleiderkasten. Ein Spaziergang in der Maiensonne ist
gewiß unserem Körper dienlich, aber man lasse sich nicht ver-
leiten, wie es besonders Kinder gern tun, sich schon in diesen
Maientagen im Gras zu lagern. Wenn auch die Luft warm
ist, so ist es der Boden doch meist noch nicht, und schmerzhaft-
rheumatische Erkrankungen und ähnliche sind nicht selten die
Folge. Bei manchem Spaziergang in der Maiensonne „läßt
der See und ladet zum Bade“, aber es ist falsch, mit dem
Baden im Freien zu früh anzufangen. Erst wenn im Juni
die Temperaturen gleichmäßig geworden sind und das Wasser
genügend durchwärmt ist, kann man mit dem Baden beginnen.
Nur ganz abgehärtete Menschen werden ein Bad im Freien
auch schon früher ohne Schaden vertragen. Unbedenklich und
der Gesundheit dienlich ist der Genuß des in der Maiensonne
herangereiften frischen Gemüses. Hierher gehören insbesondere
Spargel, Spinat, Salate und Radishes, die als Träger der
Vitamine unserem Körper besonderen Nutzen bringen. Schließ-
lich sei noch der unter den Strahlen der Maiensonne hervor-
springenden Blumen gedacht, mit denen wir gern unsere Wohn-
räume schmücken. Alle von blühenden Obstbäumen abzu-
reißten, ist eine Unsitte, die den Obstsertrag mindert und die
Allgemeinheit schädigt. Mit Primeln sei man vorsichtig.
Unsere heimische Primel ist ungefährlich, die japanische Primel
hingegen muß man meiden, da schon die bloße Berührung
mit den feinen Haaren ihres Stengels nicht selten ernste Haut-
erkrankungen nach sich zieht. Kindern verbiete man strengstens,
Blumen in den Mund zu nehmen; denn unter den Frühlings-
blumen sind manche, wie F. nigelliden, Goldregen und andere,
die giftig sind.

Wenn der Flieder wieder blüht.

Es ist die Zeit der Fliederblüte, und nicht nur der weiße
Flieder, der im Liede so gefühvoll besungen wird, blüht wieder
in voller Pracht, sondern auch der rote und der purpurviolette
und der blaueviolette und der hellviolette und was für Vari-
etäten es sonst noch geben mag. Sich jetzt mit einer Flieder-
blüte zu schmücken und einen Fliederstrauch auf den Tisch zu
stellen, gehört zum guten Ton, und allzu teuer kommt das nicht
zu stehen, da der Flieder zwar hoch gepriesen wird, aber nicht
gar zu hoch im Preise steht. Viele machen das im übrigen so,
daß sie sich den Flieder, den sie brauchen, einfach im Vorbei-
gehen von irgendeinem Fliederbusch oder Fliederstrauch, der in
irgendeinem Garten oder in irgendeinem öffentlichen Park
prangt, abknippen, was gar nichts kostet, schlimmstenfalls einmal
eine kleine Geldstrafe. Daß es jedoch ein großer Unfug ist,
braucht nicht besonders betont zu werden. Der Flieder ist nicht
erst jetzt gestern und heute große Mode; man hat ihn von jeher
geliebt wegen seines herausragenden Duftes und wegen seiner
Farbenpracht, aber in unserer Zeit wird er, wie es scheint,
ganz besonders hoch gewertet, was schon daraus ersichtlich ist,
daß ihn die Schlagerdichter stark „pouffieren“, wenn sie einen
passenden Reim für ihre fabelhaften Verse suchen. Während
sie früher mit Vorliebe die Nase und das Gesicht andichteten,
haben sie es jetzt stark mit dem Flieder zu tun: „Für einen
Fliederstrauch darfst du mich küssen, für einen Fliederstrauch bin
ich dir gut“ und so. „Flieder“, das klingt unbedingt sehr
hübsch, und das Wort schon scheint einem von Boesie erfüllt
zu sein. Wenn aber die Botaniker „Euringa“ sagen, so fühlt
man sich stark bedrückt, denn das ist bare Prosa. Und auch
sonst noch haftet dem Flieder mancherlei Profaisches an: man
braucht nur an den Fliedersee zu denken, und schon ist man in
Schweiß. Aber dieser Fliedersee hat eigentlich mit dem be-
rauschenden bunten Flieder, wie wir ihn kennen, nicht allzuviel
zu tun, denn er stammt vom Hollunder oder Holzer, den wir
auch als Flieder bezeichnen, und aus dessen schwarzen Beeren
man sich Mus machen kann. Wir wollen uns jedoch durch den
Gedanken an Tee und Mus die schöne Fliederzeit nicht ver-
derben lassen und uns led und fähig gleichfalls eine Flieder-
blütenstrauße ins Knosfloch pflanzen, wie wir es bei den andern
sehen. Es steht wirklich gut aus!

* **Achtet auf schlechte Zähne!** Dem Amtlichen Preu-
sischen Pressedienst wird von dem Landesausschuß für hy-
gienische Volksbelehrung geschrieben: Es ist in weiten
Kreisen der Bevölkerung noch wenig bekannt, daß von allen
Organen des menschlichen Körpers die Zähne weitaus
am meisten erkranken. 28 Prozent aller Menschen leiden
auch heute noch an schlechten Zähnen. Zwar hat die be-
hördliche Einrichtung von Schulzahnärzten und Schulzahn-
kliniken und die hygienische Volksbelehrung auf diesem
Gebiete schon erfolgreich Wandel geschaffen. Allein, schlechte
Zähne haben nicht nur, wie viele glauben, einen unmittel-
baren Einfluß auf den Mund und die Verdauungstätigkeit,
sondern sie bilden häufig auch die Ursache von Erkrankun-
gen der verschiedensten anderen Organe des menschlichen
Körpers. In unserer Mundhöhle finden sich ständig eine
Reihe von Krankheitserregern, die eine Zeitlang als ha-
lose Parasiten darin haufen. Ein schlechter Zahn, eine
faule Wurzel, gibt für solche Krankheitserreger eine will-
kommene Brutstätte ab und bei erster bester Gelegenheit,
z. B. bei einer Erkältung, wie sie ja in der jetzigen Jahres-
zeit an der Tagesordnung ist, schlüpfen die Bakterien aus
diesen Nestern heraus und finden Eingang in den Körper.
Manche Mandelentzündung, manches Herzleiden, man-
cher Gelenkrheumatismus, Diphtherie, Tuberkulose und viele
andere sogenannte „Fernleiden“ finden ihre Ursache in einer
Erkrankung der Zähne. Umgekehrt wird nicht selten der
Zahnarzt in der Lage sein, aus dem Befunde bei der Zahn-
ärztlichen Untersuchung auf den Verdacht und das Bestehen
z. B. einer Zuckerkrankheit hinzuleiten und diese dadurch
aufzudecken. Deshalb kann auch vom Arzt und Hygieniker
die regelmäßige Untersuchung der Zähne, die bei jedem
Menschen mindestens zweimal im Jahre erfolgen sollte,
nur aufs dringlichste empfohlen werden. Auch die Be-
nutzung der Schulzahnkliniken und die Befolgung der An-
weisungen der Schulärzte liegt im eigentlichen Interesse eines
jeden. Schließlich aber sei mit besonderem Nachdruck auf die
Bedeutung der täglichen Zahn- und Mundpflege hinge-
wiesen. Schon das Kind sollte dazu angehalten werden,
sich morgens und abends seine Zähne mit einer geeigneten
Zahnbürste zu putzen. Auch das Ausspülen des Mundes,
sei es mit gewöhnlichem oder einem besonderem Mund-
wasser, ist für eine möglichst zuverlässige Beseitigung von
Krankheitskeimen aus der Mundhöhle von größter Be-
deutung. Ein ungespülter Mund ist nicht nur ein Schön-
heitsfehler, sondern die Quelle mancher Leiden und
Schmerzen.

„Deutsche Zucht geht vor in allem.“

Zum 700. Todesstag Walthers von der Vogelweide.

Würzburg, die liebliche Stadt in Franken, eröffnet am 10. Mai das „Walthers-Jahr“, wie vor zwei Jahren Nürnberg das Albrecht-Dürer-Jahr feierte. Wir wissen nur wenig von den persönlichen Schicksalen Walthers von der Vogelweide, dem die Würzburger feiern gelten. Man weiß nur, daß er „wahrscheinlich“ um 1230 in Würzburg gestorben und im Kreuzgange des neuen Münsters daselbst begraben worden ist. Auch über seine Geburtszeit und seinen Geburtsort weiß man nichts Bestimmtes. Er wurde „vielleicht um 1170“ geboren, die einen sagen: in der Laiener Niede bei Bozen, wo es einen Vogelweiderhof gegeben hat, die andern behaupten: in der deutschböhmisches Stadt Dux. In Bozen haben ihm die Tiroler ein schönes Marmordenkmal gesetzt. Die Italiener wollten, wie man sich erinnern dürfte, in ihrem Haß gegen



Walthers von der Vogelweide
nach der Illustration aus der im 14. Jahrhundert ent-
standenen manessischen Handschrift.

alles Deutsche dieses Denkmal niederreißen, und Mussolini hat einmal ein paar törichte Worte über Walthers gesagt. Aber das Denkmal steht bis zum heutigen Tage.

Das Würzburger „Walthers-Jahr“ steht unter der Devise „Wandern, Singen und Sport“; man wendet sich also in erster Linie an die Jugend von heute. Als Auftakt zu allen Veranstaltungen soll am 10. Mai eine Gedächtnisfeier vor dem Walthers-Denkmal auf dem Residenzplatz stattfinden. Es folgt dann ein Festakt im Kaiserpalast der Residenz. Gleichzeitig findet eine Tagung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes statt mit vielen Vorträgen und einer Anschlußkundgebung. Ob, wie vorgesehen war, der Österreichische Bundeskanzler daran teilnehmen wird, steht noch dahin. Eine mehr allgemeine Feier, die die Bezeichnung Stadt- und Mainfest tragen soll, findet am 11. Mai statt; sie soll ihren Höhepunkt in der Beleuchtung der Feste auf dem Marienberg finden. Pfingsten wird ein österreichisch-deutsches Jugendtreffen die wandernde Jugend in die Stadt am Main führen. Es folgen später ein Sternlauf der Jugend aus dem Speßart zum Walthers-Denkmal, Gaudatzen des Deutschen Sängerbundes und der Arbeiterfänger u. a. Ein „Walthers-Taler“ soll die Erinnerung an den berühmten Minnesänger wach halten.

„Wer sein vergäße, der tät uns leide“, singt Hugo von Trimbach von Walthers von der Vogelweide, der aber trotzdem vom 15. bis zum 18. Jahrhundert so gut wie ganz in Vergessenheit geraten war und erst neu entdeckt werden mußte. Walthers von der Vogelweide ist nicht nur der größte, er ist auch der vielseitigste unter den Minnesängern: er hat Liebeslieder, politische Streitlieder, Spruchgedichte und vieles andere von Bedeutung geschaffen. Noch heute sind von seinen Gedichten viele, wenn auch oft nur in ihren Anfangs- oder Schlussversen, bekannt, noch heute zitiert man: „Ich hab' Lande viel gesehen“ mit dem Schlussvers: „Deutsche Zucht geht vor in allem“ und „O weh, wohin entschwanden alle meine Jahr“ und: „Nimmer wird's gelingen — Zucht mit Ruten zwingen“ und: „Ich saß auf einem Steine“ usw. Es sei zum Schluss noch erwähnt, daß Walthers wahrscheinlich an dem berühmten „Sängerkrieg auf der Wartburg“, den wir aus dem „Tannhäuser“ kennen, teilgenommen hat.

Beginn der Walthers-von-der-Vogelweide-Feier.

Minister Dr. Wirth spricht im Namen der Reichsregierung. Mit der Ehrung Walthers von der Vogelweide vor seinem Denkmal auf dem Würzburger Residenzplatz, der in festlichem Schmucke prangte, nahm das Walthers-von-der-Vogelweide-Jahr in Würzburg seinen Anfang. Der große Platz war dicht besetzt. Eingeleitet wurde die Feier durch den Knabenchor der höheren Würzburger Schulen, der das „Vedenntnis“ nach der Dichtung Walthers zum Vortrag brachte. Dann wurde der „Willkommengruß“ in althochdeutscher Sprache von dem Knabenchor gesprochen. Die Reihe der Ehrungen eröffnete

Reichsinnenminister Dr. Wirth im Namen der Reichsregierung; er feierte Walthers von der Vogelweide als den Sänger deutscher Ehre und der deutschen Heimat. Für die bayerische Staatsregierung legte Kultusminister Dr. Goldenecker einen Lorbeerkranz am Denkmal nieder. Walthers von der Vogelweide, so führte er aus, sei der erste unter Deutschen Sängern gewesen, der Deutschland über alles in der Welt gepriesen habe. Der frühere österreichische Bundeskanzler Sireeruwitz sprach für die österreichische Bundesregierung. Die Kunst Walthers von der Vogelweide bilde ein unzerbrechbares Band um alle Deutschen.

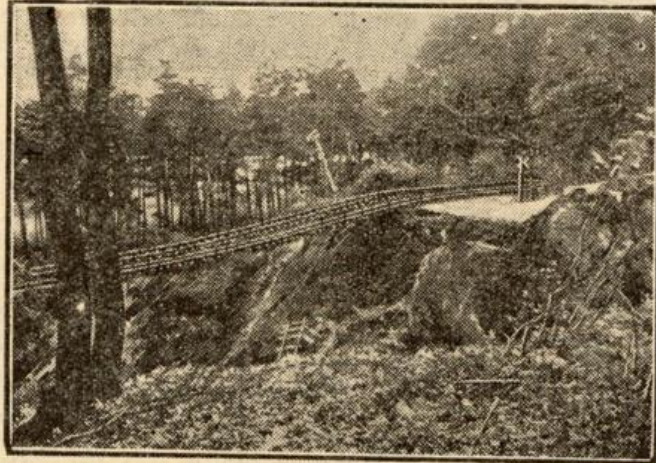
Der Wassereinbruch bei Vienenburg zum Stehen gelangt.

Der preußische Handelsminister fordert einen Bericht.

Das Wasser in den Kalischächten bei Vienenburg ist nicht mehr gestiegen. Es wird angenommen, daß der Wassereinbruch abgedämmt worden ist, und zwar vermutlich durch die Tonschichten, die sich selbst an die gefährdeten Stellen geschoben und weitere Wassermassen abgeriegelt haben. Auch die Kraterbildung ist anscheinend zum Abschluß gekommen. Nur am Harleberge sind vielleicht noch einige Erdrutsche zu erwarten.

In der Betriebsversammlung des betroffenen Werkes konnte über die Aussichten der Wiedereröffnung des Betriebes noch nichts gesagt werden. Sollte es zur Stilllegung der Schächte kommen, so wäre das ein außerordentlich schwerer Schlag für Vienenburg selbst, das ganz vom Kalibergbau lebt. Er würde eine monatliche Einnahme von etwa 200 000 Mark für Löhne und Gehälter bedeuten. Was

die Ursache des Unglücks betrifft, so läßt sich darüber noch nichts Bestimmtes sagen. Es müssen erst umfangreiche Untersuchungen des Bodens



Wie eine Brücke hängen die Eisenbahnschienen über der Tiefe des Trichters.

natfinden, auf Grund deren sich sagen lassen wird, welche Richtung und welchen Umfang die Wasserader hatte, die dem Ansehen nach von der Gegend der Zuckerrüben nach den Schächten des Kalibergwerks herübergezogen wurde. Sachverständige sprechen davon, daß in dem Bergwerk die Abteufung zu hoch geführt worden sei und der Damm infolgedessen nicht genügend halt gehabt habe, so daß es zur Bildung des Trichters kommen mußte. Das Wasser soll sich in der über dem Kali lagernden Gipschicht angesammelt haben und dann allmählich in die Tiefe der Schächte gedrungen sein.

Der preußische Handelsminister hat, wie mitgeteilt wird, Bericht der zuständigen Stellen über den Wassereinbruch angefordert.

Aus der Geschichte des Kalibergwerks Vienenburg.

Besitzer des Kalibergwerks Vienenburg ist die Preussische Bergwerks- und Hütten-A.-G., die dem Preussischen Staat gehört. Das Werk Vienenburg gehört neben Salzdetfurth und Bergmannslegen zu den wertvollsten Bergwerken der Provinz Hannover und wurde in der Vorkriegszeit durch Preußen von der Sauergruppe für 30 Millionen Mark als „Gewerkschaft Hercynia“ erworben. Der heutige Wert des Bergwerks dürfte trotz der großen Investitionen für Erneuerungen etwa 30 Millionen Mark betragen. Von der 450 Mann starken Belegschaft der drei Schächte sind 100 Arbeiter sofort nach Bleicherode versetzt worden. Die anderen Arbeitskräfte werden zunächst mit Aufräumarbeiten und bei der Instandsetzung beschäftigt finden, so daß die Ortschaft Vienenburg nach allem Unglück nicht auch noch für 350 Arbeitslose zu sorgen hat.

An der Einbruchsstelle in Vienenburg.

Auf der Güterbahnstrecke Grauhof-Vienenburg ist der Bahndamm auf 30 bis 40 Metern vollständig verschwunden. Auf dem ungefähr zwölf Morgen großen Flächengebiet der Zuckerrüben haben sich große Risse gebildet. In der Umgebung des Schachtes hat sich ein gewaltiger Trichter von 40 Meter Tiefe gebildet. Auch hier ist auf 50 Metern der Bahndamm

wie vom Erdboden verschwunden.

Ein Kraftwagen, der dem Trichter zu nahe kam, stürzte zusammen mit dem gelockerten Erdbreich, nachdem die Insassen sich noch hatten retten können, hinab und blieb viele Meter tief liegen.

Über der umheimlichen Schlucht hängen die Schienen der Eisenbahn wie eine Gespensterbrücke in der Luft.

In dem sogenannten Schlammteich der Zuckerrüben hat sich ebenfalls ein großer Trichter gebildet. Er geht sechs Meter in die Tiefe und hat einen Durchmesser von zehn Metern. Der hohe Schornstein zeigt

fingerbreite Risse.

Mit dem Fabrikgebäude ist u. a. ein großer Zuckerboden verbunden, der auf massivem Mauerwerk ruht.

Es scheint, daß sich eine große Salzlaugenader irgendwo Eingang in das Schachtgebiet und seine Umgebung verschafft hat.

Lychners Sturm auf ein Gerichtsgebäude.

Das Gericht in Brand gesetzt.

Hunderte von Personen unternahmen einen wilden Angriff auf das Gerichtsgebäude von Grayson County in Texas, um einen Neger zu lynchen, der des Angriffes auf eine weiße Frau beschuldigt war. Einige Waldhüter und die Polizei schlugen den ersten Angriff zurück. Darauf goß die Menge in das Erdgeschloß des Gebäudes etwa 50 Liter Gasolin und entzündete es, nachdem sie vergeblich versucht hatte, das Gebäude mit Dynamit zu sprengen. Die Verteidiger des Gefängnisses, die die Anweisung hatten, nicht in die Menge hineinzufahren, benutzten zuerst Tränengas und gaben dann Schüsse in die Luft ab, ehe die Menge die Oberhand gewann. Die Flammen züngelten bis unter das Bureau des Staatsanwaltes empor, wo der Neger sicherheitsshalber eingeschlossen war. Die durch Zulauf aus den Nachbarorten rasch angewachsene Menge durchschritt der zur Löschung des Brandes herbeigerufenen Feuerwehr die Schläuche, und das Gerichtsgebäude war bald ein einziges Flammenmeer.

Während dieser Vorgänge war die Landstraße mit Automobilen voller Neugieriger, die aus der Umgebung herbeigekommen waren, angefüllt. Der Neger ist in dem brennenden Gebäude ums Leben gekommen. Der Gouverneur des Staates Texas hat sich veranlaßt gesehen, 225 Mann Nationalgarde, die mit Maschinengewehren

und Tränengasbomben ausgerüstet sind, nach der Stadt Sherman, in deren Nähe das niedergebrannte Gerichtsgebäude lag, zu entsenden, da man befürchtet, daß es nunmehr zu schweren Ausschreitungen gegen die gesamte Negerbevölkerung kommen wird. Ein größeres Truppenaufgebot wird mobilisiert und bereitgestellt, um im Bedarfsfalle ebenfalls nach Sherman abzugehen. Mit dem Tode des Opfers war übrigens der Wut der Menge noch nicht Genüge geschehen. Der Neger war zu seinem Schutze

in einem gepanzerten Tresor,

der zur Aufbewahrung der Archive dient, untergebracht worden. Als dann die Menge in die Ruinen des niedergebrannten Gebäudes eindrang, wurde unter Zuhilfenahme von Dynamit und Äthylenschnitdbrennern die Tresortür erbrochen und die Leiche aus dem zweiten Stock des Gerichtsgebäudes in den Hof hinabgeworfen, was die Versammelten, zu denen auch viele Frauen gehörten, mit Jubelrufen und Händeklatschen begrüßten. Man befestigte darauf die Leiche mit einer Kette an einem Auto und schleifte sie durch die Straßen der Stadt.

Die Negerbevölkerung von Sherman beginnt zu fliehen, da die Lage im Ort immer bedrohlicher wird. Die Straßen werden von den tobenden Pöbelmassen beherrscht, die mit der Einschüchterung der ganzen Stadt drohen.

Der Westfälische Landbund hinter Schiele und für durchgreifende Hilfsmaßnahmen zugunsten der einheimischen Landwirtschaft.

Der Vorstand des Westfälischen Landbundes hat einstimmig die folgende Entschließung gefaßt:

„Der Westfälische Landbund billigt die von Herrn Reichsernährungsminister Schiele ergriffenen Hilfsmaßnahmen zum Schutze der deutschen Landwirtschaft, verspricht ihm treueste Gefolgschaft und erwartet von Regierung und Volksvertretung, daß die beschlossenen und zugesagten Schritte mit größter Beschleunigung und Energie durchgeführt werden.“

Der Westfälische Landbund begrüßt es auch, daß dem Osten, dessen Rückgrat die Landwirtschaft ist, um der Zukunft des deutschen Staates willen ein besonderes Maß an Fürsorge zuteil werden soll. Er hält jedoch die Wiederherstellung der Rentabilität der westfälischen Landwirtschaft für nicht minder wichtig und fordert, daß durchgreifende Mittel angewandt werden, um die Voraussetzungen zu einer grundlegenden Verbesserung der Lage der einheimischen Landwirtschaft zu schaffen.

Auch die westfälische Landwirtschaft ist zum großen Teil dem Erliegen nahe. Alle früheren gesetzgeberischen Maßnahmen haben sich, insbesondere infolge ihrer zögernden Ausführung, als wirkungslos erwiesen; die Hilfsmaßnahmen haben durch Voreindeckungen eines zum Teil gewissenlosen Handels größtenteils nicht zum Ziele geführt; die Haupterzeugnisse unserer einheimischen Landwirtschaft liegen mit ihren Preisen zum großen Teil nach wie vor weit unter Friedensstand, sodaß die Landwirte um den gerechten Lohn ihrer schweren Arbeit betrogen werden; die drückenden Steuern und sozialen Abgaben sowie die hohen Löhne zehren an der Substanz; mannigfache schädliche Einwirkungen der Industrie beeinträchtigen den Ertrag; die meist intensive Wirtschaftsweise hat eine außerordentliche Verschuldung der Betriebe verursacht.

Das alles hat zu einer verzweiferten Stimmung der westfälischen Landwirtschaft geführt, die durchgreifende Hilfe schnellstens erforderlich macht, wenn nicht die Allgemeinheit schwersten Schaden leiden soll.“



Wenn der junge Wein blüht.

Auf dem einen der beiden Hügel, die sich aus dem Maschienenfelde der Wanderausstellung herausheben, ist die Weinstockhalle errichtet, und zwar diesmal im Kranze wirklicher Reben. Weinreben verschiedener Sorten sind bereits frühzeitig angepflanzt worden, und dazwischen finden sich die verschiedenen Bodenbearbeitungsmaschinen, die dazu geeignet sind, auch hängendes Gelände in erwünschter Weise zu bearbeiten. Auch die verschiedenen Gestarten sind hier vor Augen geführt und zeigen auf diese Weise die Ergebnisse der Versuchsbearbeitung, die von der Stelle für Arbeitsforschung im Weinbau der D. L. G. in verschiedenen Weinbaugewebden erprobt sind. Auch die Geräte der Kellerwirtschaft werden in übersichtlicher Weise vorgeführt. So ist unter Mitarbeit des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen und der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz etwas entstanden, das jeden Winger und Weinfreund fesseln wird.

Bei der günstigen Lage Kölns zu den preussischen Weinbaugewebden nimmt es kein Wunder, daß die Kothalle selbst sehr reich besetzt ist. Es sind 168 verschiedene Weine ausgestellt, davon 155 Weiß- und 13 Rotweine. Die Hauptzahl mit 35 Weißweinen entfällt auf die bayerische Pfalz; Mosel, Saar und Ruwer bringen 31 Weißweine, Rheinhessen 25, der Rheingau 18, das Rheingebiet 14 Weißweine. Der Rest entfällt auf Baden, Württemberg, Franken und das Rheintal unterhalb Borchhausens. Bei den Rotweinen steht das Mittel an erster Stelle. Diese Weine kommen in der Kothalle in ganzen oder halben Flaschen oder auch glasweise zum Ausschank. Auf die Preiswürdigkeit wurde besonderer Wert gelegt. Die Preise bewegen sich zwischen 0,80 bis 35 RM. die Flasche; doch sind die Zwischenstufen reichlich vertreten. Jeder Wein, auch der teuerste, kann glasweise getrunken werden. Die D. L. G. erhebt zur Dedung ihrer Kosten nur einen geringen Aufschlag auf die Weine, deren Preise aus dem aufliegenden Verzeichnis ersichtlich sind.

An zwei Ausstellungstagen, dem 28. und 29. Mai, werden von nachmittags 3 Uhr ab sachmännische Weinproben veranstaltet. Hier werden gegen ein geringes Entgelt je Tag 60 Proben aus sämtlichen deutschen Weinbaugewebden verabreicht, darunter Spitzenweine aus den Jahrgängen 1915, 1920 und 1921. Der Kenner wird überrascht sein von der großen Zahl edler Qualitätsweine, die zur Verkostung kommen. Eine solche Gelegenheit, eine so große Zahl vorzüglicher Weine aus fast sämtlichen deutschen Weinbaugewebden kosten und vergleichen zu können, dürfte sich

mond aus der Potsdamer Straße 134 Selbstmord begangen, indem er sich vergiftete. Die Leiche ist von der Polizei vorläufig beschlagnahmt worden.

In Berlin war schon vorher das Gerücht verbreitet, daß ein bekannter Rechtsanwalt und Notar, der mit Bühnentreibern in Verbindung stand, große Unterschlagungen begangen hatte. Es stellte sich schließlich heraus, daß es sich um den Rechtsanwalt Hartwig Neumond handelte. Wie man von dem Vorsitzenden der Anwaltskammer erfährt, wollte dieser alles tun, um die gegen Neumond erhobenen Anschuldigungen aufzuklären. Rechtsanwalt N., der keine Möglichkeit sah, aus seiner schwierigen Lage herauszukommen, hatte sich in das Hotel gegeben und dort Selbstmord verübt. Neumond hatte ihm anvertraute Gelder für sich verwendet. In einem Falle hat er zum Schaden einer Filmgesellschaft etwa 80 000 Mark veruntreut. Der Anwalt war in Berlin als Spieler bekannt.

40 Millionen Schaden in Vienenburg.

Weitere Bodensenkungen.

Der Sachschaden, der durch den Wassereinbruch in das Kalisalzbergwerk Vienenburg entstanden ist, wird von sachverständiger Seite auf mindestens 40 Millionen Mark geschätzt. Es steht jetzt fest, daß nicht nur Lange in die Grubenbaue gelangt ist, sondern auch Flußwasser. Man rechnet daher damit, daß das gesamte Salz sich auflösen wird, und befürchtet, daß in diesem Falle auf dem ganzen Areal mit weiteren Bodensenkungen zu rechnen ist.

Oper für jedermann.

Große Oper in kleinen Theatern.

Nach längeren Verhandlungen ist die Mehrheit der Aktien der Terra-Film-A.-G. aus dem Besitz der J. G. Farbenindustrie A.-G. in die Hände der Professor Reinhardt-Melnitz-Gruppe übergegangen. Die J. G. Farbenindustrie hat dabei ihre Rohfilminteressen durch einen Rohfilmvertrag mit der Terra-Film-A.-G. gesichert und damit auch erreicht, daß die von der Terra-Film-A.-G. ins Ausland verliehenen Filme auf deutschen Rohfilmen kopiert werden. In den Aufsichtsrat werden u. a. Professor Max Reinhardt und Generalintendant Tietjen eintreten. Die besonderen deutschen Interessen sind, abgesehen von dem Rohfilmvertrag, noch dadurch gewahrt, daß die Filme auf deutscher Tobiapparatur hergestellt werden.

Reinhardt und Tietjen beabsichtigen, wie verlautet, die Herstellung von Operntonfilmen zu betreiben. Diese Filme sollen aber nicht an Kinos ausgeliehen, sondern kleinen und mittleren Theatern zur Verfügung gestellt werden, denen es wirtschaftlich nicht möglich ist, neben dem Schauspielensemble eine Opernbefugung zu halten. Es soll hierdurch den weitesten Volksschichten die Kenntnis und der Genuß unseres Opernschatzes vermittelt werden.

Turnen, Spiel und Sport.

H. Handball.

Trotz des strömenden Regens hatten sich zahlreiche Zuschauer auf dem Sportplatz an der Karlshöhe zusammengefunden, um Zeuge der Spiele gegen den Turnerbund Germania Hagen-Eilpe zu sein. Erwartungsgemäß siegten die Gäste in beiden Mannschaften, wenn auch der Sieg der zweiten Mannschaft etwas hoch erscheint. Der aufgeweichte Boden ließ ein spannendes Spiel garnicht aufkommen, jedoch hätten unserer Ansicht nach die Stürmer der ersten Handballmannschaft der Halveraner bei etwas

mehr Entschlossenheit vor dem Hagener Tor bestimmt auch 1-2 Tore werfen können. Nachstehend die Ergebnisse:

Halber 1. — Germania Eilpe 1. Mannsch. 0:3

Halber 2. — Germania Eilpe 2. Mannsch. 0:9

Jedenfalls haben die Halveraner durch dieses Spiel wieder einmal bewiesen, daß sie auch starken Gegnern gewachsen sind, denn die 3:0 Niederlage der 1. Mannschaft mutet garnicht zu hoch an, wenn man bedenkt, daß Eilpe voriges Jahr Westfalenmeister war und am vergangenen Samstag nachmittag den Spielverein Hagen 05 auf dem Platz der Oger mit 4:2 abfertigen konnte, während alle übrigen Halveraner D. T.-Vereine gegen die Oser haushoch verloren haben. Es sei auch an dieser Stelle nochmals auf das am Sonntag steigende Ausscheidungs spiel der beiden Bezirksmannschaften hingewiesen. Anwurf punkt 4 Uhr.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 11. Mai.

Die Erweiterung des Stadtkreises Trier.

Berlin. Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit der Vorlage über die Erweiterung des Stadtkreises Trier. Nach längerer Aussprache wurde unter Ablehnung weitergehender Anträge der Eingemeindung von Rürz mit dem Avelertal zugestimmt. Das Eingemeindungsgezet soll am 1. Juli 1930 in Kraft treten.

Berufungen im Orlov-Prozess verworfen.

Berlin. In der Berufungsverhandlung gegen die russischen Dokumentenfälscher Orlov und Pawlowski wurde das Urteil verurteilt. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde auf Kosten der Staatskasse, die der Angeklagten auf deren Kosten verworfen. Es bleibt also das erstinstanzliche Urteil von je vier Monaten Gefängnis gegen Orlov und Pawlowski bestehen.

Die Großhandelspreise.

Berlin. Die auf den Stichtag des 7. Mai berechnete Großhandelsrichtzahl des statistischen Reichsamts ist mit 126,0 gegenüber der Woche um 0,3 Prozent zurückgegangen.

In die Luft geschleudert und verletzt.

Frankfurt a. M. Hier wurde bei einem über Frankfurt niedergehenden Unwetter eine Wellblechhülle auf dem äußeren Frankfurter Mangierbahnhof von einem Wirbelsturm erfasst. Zwei Bahnbeamte, die vor dem Unwetter in der Bude Schutz gesucht hatten, wurden mit ihr in die Luft geschleudert und schwer verletzt.

Hindenburg verlegt seinen Wohnsitz von Hannover nach Neudeck.

Hannover. Der Reichspräsident hat an den Magistrat der Stadt Hannover ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß die Arbeiten auf seinem Stammsitz Neudeck in Ostpreußen so weit fortgeschritten sind, daß er seinen Wohnsitz dort zu nehmen gedenkt. Seine Töchter werden in Kürze in Hannover eintreffen, um die Vorbereitungen der Übersiedlung zu treffen.

Verhaftung eines Breslauer Rechtsanwalts.

Breslau. Rechtsanwalt Max Kaliski, der einen ihm als Testamentvollstrecker ausgehändigten Betrag von 9000 Mark veruntreut haben soll, ist auf Grund eines gegen ihn erlassenen Haftbefehls verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Bei seiner Vernehmung hat er die Tat eingestanden, jedoch behauptet, unter einem unüberstehlichen Zwang gehandelt zu haben.

Strafantrag des Ministers Frid.

Weimar. Vom Staatsminister Dr. Frid ist gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Thüringer Volkswacht in Erfurt Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung gestellt worden, die in einem Artikel dieses Blattes über die Pension des Ministers erblickt werden.

Schweizerische Fahrt des Zeppelins.

Friedrichshafen. Die Verfertigung des Luftschiffbaues Zeppelin setzte den Start des „Graf Zeppelin“ zu der seit einer

Woche verschobenen schweizerischen Fahrt endgültig auf Montag, den 12. Mai, vormittags 7½ Uhr, fest. An der Fahrt nehmen etwa 35 Fahrgäste teil.

Jubiläum des Deutschen Schulvereins Südmark.

Wien. Der Deutsche Schulverein Südmark feierte sein 50jähriges Jubiläum. Die Teilnahme der Öffentlichkeit kam in den Artikeln der Presse zum Ausdruck, die die Arbeit des Vereins für den Schutz des Deutschums in den Grenzgebieten und im Auslande eingehend würdigten und anerkannten. Im Großen Musikvereinsaal, in dem der Verein vor 50 Jahren gegründet wurde, fand eine Feier statt, an der u. a. teilnahmen Bundeskanzler Schöberl, Mitglieder des Kabinetts, die Spitzen der Behörden, der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld, der Vorstand des Vereins für das Deutschum im Auslande und viele andere Vertreter deutscher Vereine aus Österreich und Deutschland sowie Vertreter deutscher Minderheiten im Auslande.

Gesetz bei Briand.

Paris. Eine Unterredung, die der deutsche Botschafter von Goeck mit Außenminister Briand hatte, diente, wie in einem offiziellen Kommuniqué mitgeteilt wird, der Vorbereitung der Genfer Ratstagung und der Besprechung verschiedener mit den schwebenden politischen Problemen zusammenhängender Einzelheiten.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris. Auf der Strecke Nantes—Pornie stießen zwei Güterzüge zusammen. Ein Zugführer und ein Schaffner wurden getötet.

Pius XI. feiert Namenstag.

Rom. Am Montag feierte Papst Pius XI. seinen Namenstag. Wie alljährlich empfing er das Kardinalskollegium, um dessen Glückwünsche entgegenzunehmen. Am Nachmittag wurde der Grundstein zu dem neuen rumänischen Priesterseminar auf dem Janiculus gelegt und ein neues großes Salesianer-Institut eröffnet, das den Namen Pius XI. trägt.

Bündholzmonopol und -anleihe in Danzig.

Warschau. Hier wurde zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig ein Vertrag über die Einführung des Bündholzmonopols auf dem Gebiete Danzigs und die im Zusammenhang mit dem Monopol aufzunehmende Auslandsanleihe in Höhe von einer Million Dollar unterzeichnet.

Eröffnung des ersten Zeiß-Planetariums in U. S. A.

Chicago. Hier wurde das erste Zeiß-Planetarium in den Vereinigten Staaten, eine Schenkung des hiesigen Philanthropen Max Adler an die Stadt, unter großer Beteiligung im Grantpark am Michigansee eröffnet. Es ist ein zwölfstöckiger Granitbau, der in Verbindung mit einem astronomischen Museum mit einem Kostenaufwand von über 700 000 Dollar errichtet wurde. Zum Leiter beider Anstalten wurde der frühere Professor an der North Western University, Philipp For, bestellt. Im Frühjahr nächsten Jahres wird in Philadelphia ein Zeiß-Planetarium in Verbindung mit dem Franklin-Institut errichtet werden.

Raubmord in Bogota.

Bogota. Der amerikanische Kassierer und der Wächter eines Petroleumverfahrs wurden von Banditen ermordet, die unter Mitnahme einer Summe von 33 000 Dollar, die zur Entlohnung des Personals bestimmt waren, flüchteten.

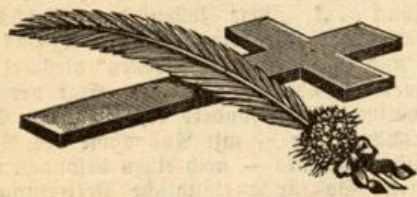
2000 Todesopfer des Erdbebens in Persien.

Teheran. Bei dem Erdbeben in Salmas und Urumiah wurden 2000 Personen getötet und 5000 verletzt. Die Stadt Tabriz hat ebenfalls schwere Schäden erlitten. Die Bevölkerung verläßt panikartig die Stadt und hält sich auf freiem Felde auf.

Fünf Tote bei einem Flugzeugunglück.

Montevideo. Ein Postflugzeug der französischen Gesellschaft Vatecoere stürzte während des Fluges Montevideo—Rio de Janeiro bei dichtem Nebel in der Nähe der Küste ins Meer ab. Fünf Insassen, darunter der Führer und der Bordmonteur, ertranken. Ein Fahrgast konnte sich schwimmend retten.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.



Heute nachmittag 6½ Uhr entschlief sanft, in Gott ergehen, nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, mein lieber Mann, unser treusorgender, nimmermüder Vater, Schwiegervater, Bruder und Onkel

Theodor vom Brocke

im 73. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Anna vom Brocke geb. Crone
und Kinder.

Halverscheid, Plettenberg, Bochum, Oeden-
thal, den 10. Mai 1930.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Mai,
nachmittags 1½ Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die wohlthuenden Beweise
allgemeiner Anteilnahme beim
Heimgang unserer lieben Ent-
schlafenen sprechen wir unsern

herzlichen Dank

aus.

Familie Adolf Craemer.

Halver, im Mai 1930.

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag,
dem 13. ds. Mts., nach-
mittags 4 Uhr in der
Gastwirtschaft Heedfeld,
in Schalksmühle, Hälver-
straße.

Halver, den 12. Mai 1930.
Der Bürgermeister.

Ich suche eine
**2-3 Zimmer-
Wohnung**
Leckemeier, Lehrer,
Ostfische.

Der Milchpreis beträgt
ab Montag, d. 12. Mai
frei Haus
24 Pfg.

Die vereinigten Milch-
Lieferanten v. Halver.

8 junge
Legehühner

umständehalber
zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäfts-
stelle des Allg. Anzeigers
Halver.

Erhalte diese Woche
eine Waggonladung
Stückdüngenkalk

Bestellungen erbitte
umgehend

C. Zimmermann,
Ostf.-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Stempel

für alle Zwecke
Wilh. Bell jr.

Morgen

Mittwoch, 14. Mai, Saal Carlshöhe Halver, Beginn 8 Uhr

Das große Konzertereignis in allen Hauptstädten Europas!
Das weltberühmte Original-

Gross - Russische National - Orchester

in seinen neuesten fabelhaften Darbietungen
Das Orchester der 25 Virtuosen:

W.
H. B.

Karten bei der Geschäftsstelle dieser Zeitung u. a. d. Abendkasse

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Zu einer am Samstag, dem 17. Mai
ds. Jrs., im Hotel Bastian Kierspe-Whf.
stattfindenden

Ausschussitzung

mit folgender Tagesordnung:

1. Satzungsänderung § 48 I. Vertragsberichtigung.
2. Bevorstehende Kündigung des Arztvertrages.
3. Erhöhte Krankenhauspfelegelkosten.
4. Verschiedenes

ladet hiermit ein

Kierspe, den 9. Mai 1930.

Der Vorsitzende des Vorstandes:
gez. Fritz Schuster.

Heimarben
schriftl. Vitalis-Verlag
München.

Empfehle mich in
Lieferung
und
Anpflanzung
sämtlicher

Nadel- u. Laub- holzpflanzen

zu billigsten Preisen.

Ernst Küch jr.,
Forstkulturgehäts
Elbringhausen b. Kierspe
Tel. Nr. 67 Amt Meinerzhagen

Dilettanten-Verein 'Hohenzollern' Halver.

Am Donnerstag, den 15. Mai

Mitglieder- Versammlung

abends pünktlich 8 Uhr
im Vereinslokal.

Rollenbücher usw. sind
abzugeben.

Es ladet ein

Der Vorstand.

Wienbarten, Kierspe
Druckerei Wilh. Bell jr.

BRIEFPAPIER

lose und in Pack-
ungen bis zu den
feinsten Aufmachungen.

WILH. BELL JR., HALVER.

Offene Beine

Ein einfach., billiges Haus-
mittel, ärztl. empfohlen,
täglich eingehende Aner-
kennungen.
Auskunft kostenlos.
H. Funke, Leipzig N. 121,
Theresienstraße 5.

Mittwoch früh, den
14. Mai, erhalte ich



oldenb. Schweine
Aug. Kerspe, Halver.
Telefon 352.